

in erster Linie der Ausdruck einer Verschwörung des westeuropäischen Großkapitals und der internationalen Reaktion unter Führung des deutschen und amerikanischen Monopolkapitals gegen den Sozialismus in Europa. Sie sind eine Herausforderung der Großbourgeoisie an die Arbeiterklasse ganz Europas. Diese neue Staatengruppierung richtet sich gegen die Zusammenarbeit europäischer Länder mit verschiedener Gesellschaftsordnung in gleicher Weise wie gegen die organisierte Arbeiterbewegung Westeuropas. Die Verhinderung dieser feindlichen Absichten des europäischen Monopolkapitals erfordert daher den gemeinsamen Kampf des gesamten westeuropäischen Proletariats im Bunde mit den sozialistischen Staaten Europas.

Der einheitliche Kampf der Arbeiterklasse gegen die monopolistischen Projekte wird jedoch dadurch erschwert, daß die Rechtssozialisten Westeuropas die Werktätigen nicht auf die Gefahren aufmerksam machen und nicht zum aktiven Kampf gegen diese Pläne auffordern. Die Haltung der SPD-Führer zum Projekt des „Gemeinsamen Marktes“ ist typisch für die Rechtssozialisten Westeuropas. So beschränkt sich die SPD auf die Kritik an Teilfragen und Formfehlern und nährt ihre Anhänger mit Illusionen, so z. B., wenn sie fordert, daß alle Mitgliedstaaten die Verpflichtung übernehmen sollten, eine Vollbeschäftigung zu garantieren; auch dürfe der gemeinsame Außenzoll nicht zu Preiserhöhungen führen und die „Zonengrenze“ nicht zur Zollgrenze werden. Im übrigen aber wäre es gut, wenn beim Aufbau des neuen europäischen Parlaments und der Exekutive für den „Gemeinsamen Markt“ die

Grundsätze der parlamentarischen Demokratie beachtet würden. Die Haltung der Rechtssozialisten unterscheidet sich also wenig von der der monopolistischen Verfechter dieser neuen Europa-pläne; denn es besteht keine grundsätzliche Gegnerschaft zu den Projekten.

Daraus ergibt sich, daß auch noch viele falsche Vorstellungen über die Ziele des westeuropäischen Monopolkapitals in der Arbeiterklasse anzutreffen sind.

Es muß jedem arbeitenden Menschen in Westdeutschland und Westeuropa klargemacht werden, daß diese imperialistischen Projekte unter Führung des deutschen Imperialismus ernste Gefahren für Frieden und Sicherheit heraufbeschwören, daß diese Projekte eine Kampfansage der Reaktion an die Arbeiterbewegung bedeuten. Jetzt müssen die Werktätigen Westeuropas ihren Kampf um höhere Löhne, um größere Sicherheit unter neuen Bedingungen führen, da sie zukünftig einem besser organisierten und noch aggressiveren Unternehmertum gegenüberstehen. Das erfordert die Solidarität der westeuropäischen Arbeiterklasse, um den Kampf durch Kontakte und Aktionen im internationalen Maßstab energisch zu führen, bevor die Verträge von den Parlamenten der einzelnen Teilnehmerstaaten ratifiziert werden. Es gilt, dem Treiben der internationalen Monopole die scharfe und unbesiegbare Waffe des proletarischen Internationalismus entgegenzusetzen. Der deutschen Arbeiterklasse aber fällt die besondere Aufgabe zu, gemeinsam die westdeutschen Monopolisten zu schlagen, um den Weg frei zu machen für eine friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands.

Gerhard Liebig